

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2016

9. November 2016



Liebe Leserinnen und Leser,

nach der parlamentarischen Sommerpause hat der Politikbetrieb in Stuttgart inzwischen wieder volle Fahrt aufgenommen. Von zwei wichtigen Debatten der letzten Landtagssitzungen möchte ich in meinem heutigen Newsletter berichten, ebenso vom SPD-Landesparteitag und über Vororttermine in meinem Wahlkreis.

Während der neu gewählte Landtag von Baden-Württemberg vor der Sommerpause hauptsächlich von den Querelen und Streitereien innerhalb der AfD und deren Spaltung in AfD und ABW gekennzeichnet war, überschatteten die Wiedervereinigungsverhandlungen dieser beiden Fraktionsrümpfe auch die ersten Wochen nach der Sommerpause. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Einigung nur künstlich hinausgezögert wurde, um einen Untersuchungsausschuss zu Linksextremismus in Baden-Württemberg einzusetzen. Dieser Antrag konnte abgelehnt werden, weil sich alle anderen Parteien fraktionsübergreifend auf eine Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes einigten. Danach wird vorausgesetzt, dass zwei Fraktionen, die einen Ausschuss einberufen können, verschiedenen Parteien angehören müssen. Damit hat auch diese Farce endlich ein Ende gefunden. Ich hoffe, dass nun Ruhe in und um die AfD einkehrt und sich das Parlament zukünftig wieder mit wichtigen landespolitischen Themen konstruktiv auseinandersetzen kann.

Die Geheimabsprachen der Regierung blieben nach den Sommerferien weiter ein brisantes Thema. Immer stärker wird hier deutlich, dass sich nicht nur die Koalitionspartner gegenseitig nicht trauen, hier offenbaren sich auch große Risse zwischen Regierungsvertretern und ihren eigenen Parteien und Fraktionen. Ein solches Vorgehen widerspricht nicht nur dem hehren Anspruch, insbesondere der Grünen und ihrem Ministerpräsidenten, auf eine Politik des Vertrauens, sondern es schürt die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung weiter und treibt immer mehr Wähler demokratiefeindlichen Populisten zu.

Nach den ersten Haushaltsplanberatungen von Grün-Schwarz fordert der Ministerpräsident verstärkte Sparmaßnahmen. Herhalten dafür sollen die Kommunen, während das Staats- und das Innenministerium mit einem deutlichen Personalaufbau keineswegs zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Die SPD wendet sich strikt gegen eine jährliche Sonderbelastung der Kommunen von 200 Millionen Euro, denn sie sind das Fundament unseres Gemeinwesens und in allen wichtigen Politikfeldern gefragt. Ohne starke Kommunen kann Baden-Württemberg nicht erfolgreich sein. Das Land muss auch weiterhin für eine gute finanzielle Ausstattung seiner Städte und Gemeinden Sorge tragen, damit die Kommunen ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können.

Es kann auch nicht sein, dass trotz enormer Steuermehreinnahmen der allseits beschworene Konsolidierungszwang nun dafür herhalten muss, dass die CDU die bildungspolitischen Errungenschaften von Grün-Rot nicht weiter umsetzt oder gar rückgängig machen will. Die CDU verhindert so ein gerechteres Bildungssystem, in dem alle Kinder das gleiche Recht auf Bildungserfolg haben. Ich befürchte, dass der Fokus wieder mehr auf Selektion gerichtet wird und Bildung dann wieder mehr von Herkunft und Geldbeutel der Eltern abhängig wird. Davor kann ich nur warnen, denn es sind ganz sicher nicht die grün-roten Reformen der letzten Legislaturperiode, die zum schlechten Abschneiden des Landes in jüngsten IQB-Studie geführt haben. Diese können bei den betreffenden Schülern noch gar nicht gegriffen haben: Zum einen sind die getesteten Schüler der neunten Klassen noch mit der verbindlichen Grundschulempfehlung an die weiterführenden Schulen gekommen. Zum anderen haben an der Studie noch keine Gemeinschaftsschulen teilgenommen. Diese Kinder haben ihre Sozialisation und den Großteil ihrer bisherigen Bildung durchlaufen, als die CDU an der Macht war. Bereits seit 2001 verzeichnet Baden-Württembergs kontinuierlich schlechter werdende Ergebnisse in Ländervergleichsstudien. Die tatsächlichen Ursachen dafür müssen genau und sachlich fundiert untersucht werden. Es ist daher richtig, dass von uns die frühkindliche Bildung und auch die Grundschulen gestärkt wurden. Parteitaktische Manöver nützen hier nichts, vor allem nicht unseren Kindern.

Ich wünsche auch heute eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch MdL

Geheimabsprachen 2.0

Nachdem bereits Mitte Juli neben dem Koalitionsvertrag geheime Nebenabreden zu 43 Projekten der Landesregierung mit einem Gesamtvolumen von zwei Milliarden Euro öffentlich geworden waren, ist inzwischen ein weiteres Papier aufgetaucht, in dem konkrete Sparmaßnahmen des Landes aufgelistet sind, z. B. Einschnitte bei den Kommunen von bis zu 200 Millionen Euro jährlich, die Erhöhung der Grunderwerbssteuer um 1,5 Prozent, Einsparungen beim Personal durch Besoldungseingriffe und den Abbau von 5.000 Stellen. In einer Aktuellen Debatte am 12. Oktober 2016 befragte die SPD-Fraktion die Regierung dazu. Hierzu die wichtigsten Aspekte aus meinem Redebeitrag:

Die Leere auf der Regierungsbank während dieser Debatte belegt einmal mehr, wie groß die Missachtung der Regierung gegenüber dem Parlament ist. Der eigentlichen Aufgabe, nämlich das Land zu regieren, kommt Grün-Schwarz nicht nach. Weder werden dazu Ansprüche formuliert, noch Projekte in Angriff genommen. Das einzige, was bisher an Regierungsarbeit geleistet wurde, sind geheime Nebenabsprachen. Diese gehören eigentlich in den Koalitionsvertrag. Der besteht aber hauptsächlich aus leeren Worthülsen, so dass man sich bei dessen Lektüre fragt, was die Landesregierung in den nächsten fünf Jahren tatsächlich tun will. Mit den geheimen Nebenabreden zeigt die Regierung nicht nur ihr gestörtes Verhältnis zur Macht, sondern vor allem ihr Misstrauen gegenüber den eigenen Parteien und den Regierungsfractionen, ganz zu schweigen von der Öffentlichkeit und dem Parlament.

Mit diesen Nebenabreden versucht die Landesregierung, Mehrausgaben von zwei Milliarden Euro zu generieren und sich damit als innovativer Veränderer des Landes darzustellen. Gleichzeitig sollen im Vorhinein Einsparbeiträge von Partnern definiert werden, mit denen man angeblich ergebnisoffen darüber diskutieren will. Diese geheime „Giftliste“ wurde nur von vier Regierungsmitgliedern unterzeichnet: dem Ministerpräsidenten, den früheren Fraktionsvorsitzenden Edith Sitzmann und Guido Wolf und dem jetzigen Vize-MP Thomas Strobl. Sie offenbart das problematische Demokratieverständnis der grün-schwarzen Landesregierung, denn damit werden demokratische Entscheidungsprozesse nicht zugelassen. Grün-Schwarz hat sich die Zustimmung ihrer eigenen Parteien und Fraktionen zum Koalitionsvertrag erschlichen. Dieses Vorgehen leistet den Populisten weiter Vorschub und erschüttert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

Die gesamte Debatte kann mitverfolgt werden unter:
<http://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2016/20161012situation0131.html?t=305#>

Mehr dazu auch in meinem kurzen Video:
<https://www.youtube.com/watch?v=hEEkHW06oHc>

Die SPD –Fraktion hat dazu auch einen Antrag mit detaillierten Fragen gestellt:
http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/0000/16_0457_D.pdf

Lehrerstellenstreichungen

In der Landtagssitzung am 26. Oktober 2016 beantragte die SPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte zu den von Grün-Schwarz geplanten Lehrerstellenstreichungen. Kultusministerin Eisenmann (CDU) hatte auf die Ankündigung der bildungspolitischen Sparmaßnahmen öffentlich damit gedroht, das Schulgesetz auszusetzen und so den Ausbau von Ganztags-Grundschulen und die Umsetzung der Inklusion an Regelschulen nicht weiter fortzuführen sowie den Informatikunterricht nicht einführen zu können.

Das Vorgehen der Landesregierung ist absolut unverständlich, denn der derzeitige Haushalt profitiert von unerwartet großen Steuereinnahmen, guten Rücklagen und hohen Zinsersparnissen. Selbst unternimmt die Landesregierung keine sonderlichen Sparbemühungen, will aber neben den Kommunen vor allem im Bildungsbereich sparen. Das ist für die SPD-Landtagsfraktion nicht akzeptabel.



In den vergangenen Jahren ist man stets von einem starken Rückgang der Schülerzahlen ausgegangen und plante deswegen eine Streichung von insgesamt 11.600 Lehrerstellen ein. Der Landesrechnungshof sah sogar ein Einsparpotential von 14.400 Stellen vor. Schon unter Grün-Rot zeigte sich aber, dass die Zahlen weniger stark rückläufig waren. Der ursprünglich vorgesehene Abbaupfad wurde unter dem Druck der SPD und insbesondere auch durch meinen persönlichen Einsatz als damaliger Kultusminister deutlich abgemildert. Zum kommenden Schuljahr werden die Schülerzahlen sogar steigen und die Krankenvertretung ist schon am Anfang dieses Schuljahres vollkommen ausgeschöpft gewesen. Wer unter diesen Umständen noch über den weiteren Abbau von über 1.000 Stellen nachdenkt, schwächt die Bildung in Baden-Württemberg, lässt die Lehrkräfte im Stich und versündigt sich an unseren Kindern. Es ist zynisch von Investitionen in die Bildung zu sprechen, wenn unter dem Strich massiv gestrichen wird. Die geplanten Stellenstreichungen sind falsch und müssen vom Tisch!

Die gesamte Debatte ist zu sehen unter:
<http://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2016/20161026situation0151.html?t=6882#>

Landesparteitag der SPD in Heilbronn am 22. Oktober 2016



Auf dem Landesparteitag in der Heilbronner „Harmonie“ wählte die SPD ihre neue Landesvorsitzende und den neuen Vorstand mit Beisitzern. Alle Wahlergebnisse können eingesehen werden unter:

<https://www.spd-bw.de/dl/Ergebnisuebersichtlptheilbronnfinal.pdf>



Mit großer Zustimmung wurde **Leni Breymaier** mit 84,9 Prozent zur Nachfolgerin von **Nils Schmid** gewählt.

Zu ihrer Generalsekretärin wurde **Luisa Boos** mit 59,7 Prozent gewählt. Zum Parteivorstand gehören außerdem die vier Stellvertreter für die Regionen des Landes: Für Nordwürttemberg wurde der Heubacher Bürgermeister **Frederick Brütting** mit 80,1 Prozent gewählt, für Südwürttemberg die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** mit 59,7 Prozent, für Nordbaden der Bundestagsabgeordnete aus dem Rhein-Neckar-Kreis **Lars Castellucci** mit 83,3 Prozent und für Südbaden die Freiburger Landtagsabgeordnete **Gabi Rolland** mit 51,6 Prozent. Schatzmeister **Karl-Ulrich Tempel** wurde mit überragenden 95,7 Prozent in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.



Der neue Landesvorstand: Karl-Ulrich Tempel, Gabi Rolland, Lars Castellucci, Luisa Boos, Leni Breymaier, Hilde Mattheis und Frederick Brütting.

Aus dem Wahlkreis

Besuch im Kreistierheim



Stefan Hitzler, Vorsitzender des Kreistierschutzvereins, und seine Stellvertreterin Julia Lambertz informierten über die derzeitige finanzielle und personelle Situation und die anstehenden Sanierungs- und Umbaupläne im Tierheim. So stand für September dieses Jahres die Renovierung der Außenanlagen für Hunde an. Insgesamt 100.000 Euro kostet die Erneuerung der Außenzwinger und Ausläufe. Die Kosten tragen jeweils zu einem Drittel der Kreistierschutzverein, die Gemeinden und das Land. Den Eigenanteil erwirtschaftet der Verein zum großen Teil aus Spenden und Flohmarktverkäufen. Der Tierschutzverein investiert viel Geld in die medizinische Akutbehandlung von neu aufgenommenen und Fundtieren. Durch den Fundtierkostenvertrag erhält der Verein Gelder von den Kreisgemeinden und dem Landkreis, die allerdings nicht sämtliche Kosten decken. Erfolgreich arbeitet man im Bereich der Sterilisation von Fundkatzen, dies sei allerdings auch sehr kostenaufwändig. Lobenswert sind die wertvolle Arbeit und das große Engagement der Mitglieder des Kreistierschutzvereins, die die viele Arbeit größtenteils ehrenamtlich neben ihren Vollzeitstellen stemmen.



Gespräch mit dem Kreisseniorerrat

Im Zentrum des Gesprächs standen die Themen ÖPNV, bezahlbarer barrierefreier Wohnraum und die medizinische Nahversorgung in den Kreiskommunen. Insbesondere der barrierefreie Zugang zu den Zügen des Nahverkehrs sei noch nicht an allen Bahnhöfen der Brenzbahn gegeben, monierte der Kreisseniorerrat. Hier wird ein Vororttermin mit Annette Sawade, Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestags, für Anfang nächsten Jahres geplant. Ebenfalls sei eine bessere Verzahnung des Busnetzes der HVG mit dem Fahrplan der DB dringend notwendig. Was barrierefreies Wohnen angeht, gebe es im Landkreis noch erheblichen Nachholbedarf. Die Kreisgemeinden hätten aber bereits erkannt, dass sie hier etwas tun müssen und haben mit der Kreisbau erste Projekte vorangetrieben. Ein großes Problem sei die medizinische Versorgung, vor allem in den kleineren Gemeinden. In einigen Gemeinden gebe es bereits jetzt keine Hausarztpraxis mehr und die Zukunft anderer Praxen sei in Gefahr, denn ein Drittel der Hausärzte im Landkreis sind älter als 60 Jahre. Eine Lösung biete sich mit der Einrichtung von Ärztezentren an. Für diese könnten die Städte und Gemeinden die erforderlichen Räumlichkeiten vorhalten. Eine bessere Nahverkehrsanbindung der Gemeinden nach Heidenheim würde im Übrigen den Zugang zu den Facharztpraxen verbessern können.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de |
Internet: www.andreas-stoch.de